



HESSISCHER LANDTAG

28. 09. 2006

Kleine Anfrage

des Abg. Schäfer-Gümbel (SPD) vom 27.07.2006

betreffend Lissabon-Strategie - Maßnahmen des Landes

und

Antwort

des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten

und Bevollmächtigten des Landes Hessen beim Bund

Vorbemerkung des Fragestellers:

Europas Staats- und Regierungschefs haben sich ein ambitioniertes Ziel gesetzt: Bis zum Jahr 2010 soll die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden.

Vorbemerkung des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigten des Landes Hessen beim Bund:

Im März 2000 hatte der Europäische Rat auf seiner Tagung in Lissabon diese auf zehn Jahre angelegte Strategie angenommen, mit der sich die EU weltweit zur dynamischsten und wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsregion entwickeln sollte. Die Lissabon-Strategie ist im Grunde ein Bündel von sich beeinflussenden Reformen. Dabei ging man davon aus, dass die Maßnahmen eines Mitgliedstaats an Durchschlagkraft gewinnen, wenn sie mit den Maßnahmen der anderen Mitgliedstaaten abgestimmt sind.

Im Sinne dieser Strategie treibt eine starke wachsende Wirtschaft die Schaffung von Arbeitsplätzen voran und fördert soziale und ökologische Maßnahmen, welche wiederum eine nachhaltige Entwicklung und sozialen Zusammenhalt gewährleisten. Seit der Annahme der Lissabon-Strategie ist sie Gegenstand des Frühjahrsberichts der Europäischen Kommission. Dieser Bericht ist wiederum einziger Tagesordnungspunkt auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates, bei dem die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten die im Rahmen der Lissabon-Strategie erzielten Fortschritte bewerten.

Im Jahr 2004 wurde eine hochrangige Expertengruppe unter dem Vorsitz des ehemaligen niederländischen Ministerpräsidenten Wim Kok mit der Aufgabe eingesetzt, einen Beitrag zur Halbzeitüberprüfung der Strategie von Lissabon zu leisten. In ihrem im November 2004 vorgelegten Bericht mit dem Titel "Die Herausforderung annehmen" kam die Expertengruppe zu dem Ergebnis, dass das bis dahin Erreichte eher enttäuschend sei. Als Ursachen hierfür wurde zum einen das weltpolitische Umfeld, zum anderen aber auch die überfrachtete Agenda, mit zum Teil sich widersprechenden Prioritäten, eine mangelhafte Koordinierung der Aktivitäten und nicht zuletzt zu wenig entschlossenes politisches Handeln genannt. Um das gesteckte Ziel doch noch erreichen zu können, empfahl die Expertenkommission eine stärkere Fokussierung der Ziele. Insgesamt wurden fünf prioritäre Politikbereiche identifiziert, dies sind:

- die Verwirklichung der Wissensgesellschaft,
- die Vollendung des Binnenmarktes,
- die Verbesserung des Wirtschaftsklimas durch die Verringerung administrativer Belastungen,
- die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes durch Strategien für lebenslanges Lernen und aktives Altern verbessern,
- die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit.

Die Kommission hat die Empfehlungen der Expertengruppe in ihrer Mitteilung vom 2. Februar 2005 "Zusammenarbeiten für Wachstum und Beschäftigung - Ein Neubeginn für die Lissabon-Strategie" aufgegriffen. Insbesondere konzentrierte sie sich in der Mitteilung auf die Bereiche Attraktivität für Investitionen, Wissen und Innovation für Wachstum und auf die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen. Mit der Neuorientierung der Lissabon-Strategie erhöht sich der Stellenwert der Förderung von Innovation und Unternehmergeist sowie des Wachstums und der wissensbasierten Wirtschaft. Der Europäische Rat folgte den Vorschlägen der Kommission auf seiner Frühjahrstagung im März 2005.

Im Anschluss an diesen Beschluss des Rates hat die Kommission im April 2005 die "Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung (2005 bis 2008)" verabschiedet, die eine umfassende Strategie für die Bereiche makroökonomische Politik, mikroökonomische Politik und Beschäftigungspolitik vorgeben. Diese insgesamt 24 Leitlinien dienten den Mitgliedstaaten als Grundlage für die Ausarbeitung ihrer dreijährigen Nationalen Reformprogramme.

In Ergänzung der Nationalen Reformprogramme hat die Europäische Kommission im Juli 2005 das "Lissabon-Programm der Gemeinschaft" ausgearbeitet, das insgesamt acht Schlüsselbereiche beinhaltet. Dazu zählen beispielsweise die Unterstützung von Wissen und Innovation, die Reform der Beihilfenpolitik und die Entwicklung eines gemeinsamen Konzepts für wirtschaftliche Migration.

Die Mitgliedstaaten haben im Herbst 2005 ihre Nationalen Reformprogramme auf der Grundlage der vorgenannten Integrierten Leitlinien erarbeitet. Die Bundesregierung hat allerdings ihr Programm "Innovation forcieren - Sicherheit im Wandel fördern - Deutsche Einheit vollenden" bedingt durch die Wahlen erst am 7. Dezember 2005 vorgelegt. Die Europäische Kommission hat zu den Reformprogrammen am 25. Januar 2006 Stellung genommen. Sie weist dabei ausdrücklich darauf hin, dass die Lissabon-Strategie auch regional und lokal umgesetzt werden muss.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wie bewertet die Landesregierung die Lissabon-Strategie?

Die verschiedenen Zielsetzungen der Lissabon-Strategie mit der Betonung von Innovation, Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung decken sich weitgehend mit den Zielen der Landesregierung für die laufende Legislaturperiode. Die Landesregierung begrüßt dabei besonders die mit der Kommissionsmitteilung vom 2. Februar 2005 eingeleitete Fokussierung der Lissabon-Strategie auf mehr Wachstum und mehr Beschäftigung. Sie teilt die Auffassung der Kommission, dass Europa im Vergleich zu den konkurrierenden Wirtschaftsräumen in diesen Bereichen vorankommen muss. Aus diesem Grund unterstützt die Landesregierung die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen, um attraktivere Bedingungen zum Arbeiten und Investieren zu schaffen.

Frage 2. Welche Bedeutung hat die Lissabon-Strategie für Hessen?

Die Lissabon-Strategie ist für Hessen von großer Wichtigkeit, da sie die verschiedensten prioritären Politikbereiche der Landesregierung berührt. Wegen der besonderen Bedeutung der Lissabon-Strategie für das Land hat der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten bereits kurz nach seinem Amtsantritt, den Auftrag erteilt, die Umsetzung der Lissabon-Strategie im Land in einem eigenen Bericht zu erfassen.

Frage 3. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung unternommen, um die nationalen Aktionspläne zur Umsetzung der Lissabon-Strategie in Hessen zu unterstützen (bitte Aufschlüsselung nach konkreten Projekten)?

In dem in der Antwort zu Frage 2 genannten Bericht werden alle Maßnahmen der Landesregierung zur Umsetzung des Nationalen Reformprogramms zur Lissabon-Strategie detailliert aufgeführt. Der Bericht wird in Kürze dem Landtag zugeleitet werden. Aus diesem Grund wird hier auf die Aufzählung einzelner Maßnahmen verzichtet.

Frage 4. In welcher Form ist die Landesregierung in die Abstimmung der Aktionspläne involviert?

Als nach dem Beschluss des Europäischen Rates vom März 2005 klar war, dass die Mitgliedstaaten der EU Nationale Reformprogramme zu erarbeiten hatten, haben die Länder im Rahmen der Besprechung des Chefs des Bundeskanzleramtes mit den Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder am 12. Mai 2005 in Berlin den Wunsch geäußert, bereits vor dem Bundesratsverfahren in die Erarbeitung des Reformprogramms eingebunden zu werden. Der Chef des Bundeskanzleramtes zeigte Verständnis für die Forderung der Länder und sagte eine solche frühzeitige Beteiligung zu. In der Folge dieser Entscheidung wurde eine CdS-AG unter dem Vorsitz der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Rheinland-Pfalz gegründet, die eigene Beiträge der Länder zu dem Reformprogramm zu den Themen Wissenschaft, Forschung, Innovation und Technologie, Bildung (Hochschule, Schule), Kinder- und Jugendpolitik, regionale Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktpolitik, demographischer Wandel, Entwicklung ländlicher Räume, Beitrag der Städte zu mehr Wachstum und Beschäftigung und Deregulierung erarbeitet hat. Die Beiträge der Länder wurden in dem deutschen Nationalen Reformprogramm weitestgehend berücksichtigt. Hessen hat sich aktiv an der Arbeit der CdS-AG beteiligt.

Frage 5. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung zukünftig zur Unterstützung der Lissabon-Strategie?

In dem bereits erwähnten Bericht zur Umsetzung der Lissabon-Strategie in Hessen werden auch die Maßnahmen aufgeführt, die zukünftig zur Umsetzung der Lissabon-Strategie ergriffen werden sollen. Aus diesem Grund wird hier auf die Aufzählung einzelner Maßnahmen verzichtet.

Wiesbaden, 19. September 2006

Volker Hoff